

„AfD tastet rechten Rand ab“

Interview: Detlef Sack, Politikwissenschaftler der Uni Bielefeld, zum Umgang mit der Partei, warum Ausgrenzung falsch wäre und wie ihre Chancen auf Etablierung stehen

Herr Sack, 2013 machte die AfD als neue Partei bereits Wahlkampf in Bielefeld, damals weitgehend geräuschlos. Wird es im kommenden Jahr anders werden?

DETLEF SACK: Damals war die Debatte nicht so aufgeladen wie heute, denn die AfD positionierte sich vor allem als EU-kritische Partei. Darüber kann und muss man ja auch streiten können. Seitdem sich aber der eher wirtschaftsliberale Flügel abgespalten hat und die AfD mit Petry, Gauland und anderen nun mitunter den rechten politischen Rand abtasten und gucken, wie weit sie gehen können, zudem knapp eine Millionen Flüchtlinge ins Land gekommen sind, wird es deutlich emotionaler.

Warum bewegt das ungleich mehr als die Geldpolitik?

SACK: Zum einen, weil es vor Ort administrative und andere Probleme gibt, unter anderem bei Unterbringungen; zum anderen, weil damit die Identitätsfrage gestellt wird und werden muss: Wer gehört zur Gesellschaft dazu? Wen akzeptieren wir? Das bewegt. Hinzu kommt, dass die, die etwas zu verlieren haben, den Eindruck haben, dass nun Dinge plötzlich möglich sind, die vorher nicht möglich zu sein schienen, zum Beispiel bei Baugenehmigungen. Auch deshalb bekommt die AfD aus den unterschiedlichsten Milieus Zuspruch.

Wird sie sich etablieren können?

SACK: Sie hat gute Chancen, wenn es ihr gelingt, eine populistisch-konservative Programmatik mit dem entsprechenden Personal zu konsolidieren, wie es in vielen Nachbarländern schon der Fall ist. Das hängt auch davon ab, ob es der AfD gelingt, nicht in den offenen rechtsextremen Bereich abzuleiten. Ob das passiert, kann derzeit noch nicht klar prognostiziert werden, weil die Partei dabei ist zu testen, wo



Politikwissenschaftler: Detlef Sack.

FOTO: CHRISTIAN WEISCHE

sich ihr Wählerpotenzial befindet.

Sehen Sie produktive Auswirkungen auf die politische Landschaft durch ihre Existenz?

SACK: Ja, weil die Parteien nun klar und engagiert sagen müssen, wofür sie stehen und welches positive Gesellschaftsmodell sie transportieren wollen. Sie müssen lernen, wieder eindeutig zu argumentieren und mit ihrer Programmatik

die Wähler überzeugen. Das ist zuletzt etwas zu wenig passiert.

Wie sollten die anderen Parteien mit der AfD im Wahlkampf umgehen?

SACK: Die Option Ausgrenzung hat eher Nachteile. Sie würde die Outlaw-Rolle der AfD in der Politik für das Wählerpotenzial bestätigen. Außerdem gibt es bestimmte Punkte, die von ihr angespro-

chen werden und die relevant sind für die Menschen. Sie sollten deshalb offen thematisiert werden.

Wo ziehen Sie die Grenze in der Auseinandersetzung?

SACK: Sobald Rassismus, Sexismus oder Drohungen formuliert werden, erübrigt sich jede Diskussion.

Das Gespräch führte Ansgar Mönter

KOMMENTAR

Umgang mit der AfD Bielefeld

Argumente

Von Ansgar Mönter

Die Bielefelder Kandidaten der Partei Alternative für Deutschland, Rolf Diekwisch und Heliane Ostwald, sind weitgehend unerfahren im politischen Betrieb. Sie zeigen sich als moderate Vertreter ihrer Partei.



AfD-Mitglieder nicht als Randnotiz abtun, mit der sie nichts zu schaffen haben. Sie müssen Antworten darauf geben, auch, wie solche Avancen zu einem ethnisch offenen Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild passen sollen, das im

AfD-Programm für das Land propagiert wird. Da gibt es Widersprüche zu klären.

Allerdings müssen sie sich – ob sie wollen oder nicht – in dieser Rolle zu den sich teilweise beim Rechtsaußen-Milieu anbietenden Aussagen von Parteivordern wie Frauke Petry und Alexander Gauland erklären. Da stehen sie in Verantwortung. Ausflüchte werden ihnen die anderen Parteien sowieso nicht erlauben.

Dass Gauland etwa, um ein Beispiel zu nennen, die „Identitäre Bewegung“ umgarnt, ist völlig inakzeptabel. Denn sie steht der völkischen Ideologie nahe und zeigt laut Verfassungsschutz „Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen“. So ein Verhalten können die, sich selbst als konservativ und verfassungstreu bezeichnenden, Bielefelder

Eine argumentative Auseinandersetzung mit der AfD ist wohl unumgänglich. Die Partei ist schlicht politische Realität. Und verbale Draufhauerei hat als Gegenmittel nach Lage der Dinge völlig versagt. Sie hat der AfD vielleicht sogar Wähler beschert.

Themen wie Einwanderung, Euro oder Identität sind älter als die AfD. Also warum nicht darüber kontrovers streiten, sofern das auf dem Boden der demokratischen Verfassung geschieht?

Wer gute Argumente hat, muss die Diskussion mit Andersdenkenden nicht fürchten. *moent@nw.de*

◆ **Barbara Schmidt**, Landtagskandidatin der Linken: „Ich kann mir meine Podiumsdiskussionspartner nicht aussuchen. Man muss sowieso versuchen, die AfD mit Argumenten zu begegnen, wenn sie mit unangenehmen populären Forderungen trumpfen wollen.“

Die Parteien zur AfD

◆ **Ralf Nettelstroth**, CDU-Landtagsabgeordneter: „Wir müssen uns politisch mit der AfD auseinander setzen. Ich bin zuversichtlich, dass uns das gelingt. Die beiden Bielefelder Kandidaten kenne ich nicht, hoffe aber, dass man vernünftig mit ihnen reden kann.“

◆ **Wiebke Esdar**, SPD-Vorsitzende: „Es ist klar, dass wir die AfD mit ihrem Programm stellen wollen, wir scheuen nicht die Auseinandersetzung und werden zeigen, wohin die Vorstellungen der Partei führen würden. Vor allem geht es um rechtspopulistische Hetze von AfD-Personal.“

◆ **Matthias Bolte**, Grünen-Landtagsabgeordneter: „Es ist gerade jetzt notwendig, die AfD argumentativ zu stellen. Im Wettbewerb der Modelle haben wir die Nase vorn, da bin ich mir sicher. Wir werden viele davon überzeugen können, dass die Umsetzung von AfD-Positionen ein Rückschritt wären.“

◆ **Jan Maik Schlifter**, FDP-Vorsitzender in Bielefeld: Es darf nicht sein, dass sich in Diskussionen alles nur um sie dreht. Zumindest fürchte ich, dass sie die ganze Aufmerksamkeit auf sich ziehen könnten und sich so die Auseinandersetzung verengt. Das wäre unangemessen und langweilig.“